Armin Braunwalder Landrat Schmiedgasse 13 6472 Erstfeld

Landratsbüro
Landratspräsident
Herrn Leo Arnold
6460 Altdorf

Erstfeld, 30. Juli 2007

Kleine Anfrage: Energieversorgung Resort Andermatt

Sehr geehrter Herr Landammann Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Sehr geehrte Herren Regierungsräte

Die Strom- und Wärmeversorgung des geplanten Ferienresorts Andermatt kann zu 100% durch einheimische erneuerbare Energien gedeckt werden. Das ist einerseits konkreter Klimaschutz – andererseits erhöht dies die regionale Wertschöpfung und die Versorgungssicherheit des Resorts. Voraussetzung, um dieses Ziel zu erreichen, ist allerdings, dass eine klare Energieeffizienz-Strategie verfolgt wird. Mit der konsequenten Anwendung von energiesparenden Baustandards (mindestens MINERGIE) und Stromspartechnologien (Elektrische Geräte, Beleuchtung, Gebäudetechnik, Elektromotoren usw.), besteht eine einmalige Chance: Im Urserental kann ein zukunftsweisendes Tourismusprojekt geschaffen werden, das europa-, wenn nicht weltweit zu einem Vorzeigebeispiel für nachhaltigen Tourismus werden kann. Die resultierende positive Ausstrahlung würde neben dem Zielpublikum nicht nur ein internationales Fachpublikum ansprechen, sondern auch eine wachsende Zahl von Feriengästen, welche die Wahl ihrer Ferienziele zunehmend an die Erfüllung von Nachhaltigkeitskriterien knüpft.

Um die Wärme- und Stromversorgung des Ferienresorts Andermatt zu 100% aus einheimischen erneuerbaren Energien sicherzustellen, sind strategische, konzeptionelle, versorgungstechnische und politische Entscheide erforderlich, die nicht nur den Investor betreffen.

Die übergeordnete Klima- und Energiepolitik auf internationaler und nationaler Ebene weist

der Urner Regierung bei der Realisierung dieses Projekts eine besondere Rolle zu, weil der

Gebäudebereich Sache der Kantone ist. Auch die Urner Regierung ist dem Klimaschutz

verpflichtet und sie ist angehalten, die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und die

Verbesserung der Energieeffizienz in ihrem Kompetenzbereich voranzubringen. Der

Regierungsrat kann dem Investor jedoch nicht vorschreiben, dass die Wärme- und

Stromversorgung des Ferienresorts Andermatt klimaschonend zu 100% aus einheimischen

erneuerbaren Energien gedeckt werden musss. Dazu reichen die gesetzlichen Grundlagen

nicht aus. Es ist allerdings denkbar, dass der Investor aus eigener Überzeugung dieses Ziel

erreichen will. In diesem Fall müsste er vom Regierungsrat tatkräftig unterstützt werden. Es

stellen sich für mich deshalb folgende Fragen:

1. Erachtet es der Regierungsrat als ein erstrebenswertes Ziel, den Wärme- und

Strombedarf des Ferienresorts Andermatt zu 100% mit einheimischen erneuerbaren

Energien zu decken?

2. Ist der Regierungsrat bereit, mit dem Investor eine Vereinbarung zu treffen, in der er

sich freiwillig zur Erreichung dieses Ziels verpflichtet?

3. Ist der Regierungsrat bereit, bei der Umsetzung einer solchen freiwilligen

Vereinbarung eine koordinierende Rolle zwischen Planern, Energieversorgern und

Investor zu übernehmen und dabei die Fachkompetenz seines Amtes für Energie

einzubringen?

Ich danke Ihnen für die Beantwortung meiner Anfrage und grüsse Sie freundlich.

Armin Braunwalder

Landrat

Kopie: Regierungsrat; Standeskanzlei